

Berlin, 08. Dezember 2010



Beschluss des Bundesvorstands

Zukunftsfähigen Jugendmedienschutz vorantreiben

Jugendmedienschutz ist in Zeiten immer neuer Möglichkeiten der Aufbereitung und Verfügbarkeit von medialen Inhalten wichtig. Zugleich wird durch die Diskussion rund um die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages deutlich, dass sich ein wirksamer Jugendmedienschutz im Internet äußerst schwierig gestaltet – und nicht mal eben durch den Aufbau neuer technischer Strukturen umsetzen lässt. Jugendmedienschutz kann nur zweigleisig erfolgen: durch wahrgenommene Verantwortung der Inhalteanbieter auf der einen und besonders durch Medienkompetenz auf der anderen Seite.

Die Anforderungen, die der Jugendschutz an Anbieter von Inhalten im Netz stellt (kein Zugang zu pornografischen, gewalthaltigen oder anderen extremen Inhalten für unter 18jährige und kein Zugang zu Inhalten, die nach dem Jugendschutzgesetz für Kinder und Jugendliche nicht freigegeben sind, weil sie deren Entwicklung beeinträchtigen können), finden sich bereits im geltenden Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Neu ist vor allem die Möglichkeit, Inhalte mit Altersangaben zu versehen, um sie für Jugendschutzprogramme zuhause am Rechner auslesbar zu machen und ggf. zu filtern.

Der bisherige Staatsvertrag wie auch der neue Entwurf kollidieren mit den technischen Gegebenheiten und der Struktur des Internets. Die beabsichtigte Alterskennzeichnung der Inhalte ist nach unserer Ansicht von vielen kleineren und privaten Anbietern nicht zu leisten, die vorgeschlagenen Lösungen, mit User Generated Content umzugehen, halten wir für schwer umsetzbar. Der Staatsvertrag wird den diffizilen und sich schnell ändernden Realitäten der vielen unterschiedlichen Anbieter im Netz nicht gerecht, er verkennt die Internationalität des Internets und führt zu großer Rechtsunsicherheit bei den betroffenen Akteuren. Der Staatsvertrag ist bereits jetzt für uns überholt und nicht zukunftsfähig. Deshalb lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages in der jetzigen Form ab.

Die Herausforderung, einen wirksamen und verhältnismäßigen Jugendschutz im Internet zu gewährleisten, bedarf neuer Wege und Antworten. Darum ist unser Ziel, einen zukunftsfähigen Jugendmedienschutz voranzutreiben, alle beteiligten Akteure in diesen Prozess einzubinden, die verantwortlichen Institutionen des Jugendmedienschutzes zu reformieren und dabei die europäische und internationale Ebene nicht aus den Augen zu verlieren. Der Aufbau einer Sperrinfrastruktur oder einer verpflichtenden Filterung von Inhalten im Internet ist keine Antwort auf diese Herausforderung und wird auch grundsätzlich von uns abgelehnt.

Für uns gehört zu einem wirksamen Jugendmedienschutz die Förderung und Vermittlung von Medienkompetenz. Auch wenn die Vermittlung von Medienkompetenz an Grenzen stößt und Kinder und Jugendliche nicht vor allem geschützt werden können, muss die Stärkung der Medienkompetenz angegangen werden. Kinder und Jugendliche müssen in dem Prozess begleitet und unterstützt werden, sich an neue wie alte Medien heranzutasten. Sie müssen Fähigkeiten im Umgang mit den Medien erwerben, um mündig und selbstbestimmt mit diesen umgehen zu können. Medienkompetenz ist für uns keine Floskel. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist in einem Lebensumfeld, das stärker als je zuvor von Medien und insbesondere dem Medium Internet geprägt ist, eine der zentralen Bildungsaufgaben des 21. Jahrhunderts. Wir wollen den politischen Rahmen stärken, damit junge Menschen selbstbewusst, informiert, aber auch in einem Umfeld des sicheren und geschützten Zugangs Medien aufgreifen, verarbeiten und für sich eigenständig nutzen können.

Der aktuelle Entwurf des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages zeigt deutlich, wie schwierig es ist, Jugendmedienschutz umzusetzen und auf die Komplexität des Netzes zu übertragen. Die grün-mitregierten Länder haben in einer Protokollerklärung - der inzwischen weitere Bundesländer beigetreten sind - deutlich machen können, dass der Staatsvertrag keine Pflicht zur Überwachung und Vorabkontrolle von Inhalten bedeuten darf und die bisherigen Haftungsregelungen (nach dem Telemediengesetz) nicht ausgeweitet werden dürfen.

Das Verfahren des Zustandekommens zeigt aber auch, dass Staatsverträge stärker parlamentarisch begleitet und transparenter vorbereitet werden müssen. Nur durch mehr Öffentlichkeit befördern wir die von uns gewünschte gesellschaftliche Debatte um Jugendmedienschutz und schaffen frühzeitig Möglichkeiten, alle Akteure mit in die Erarbeitung einzubeziehen. Die Parlamente müssen zudem wirkungsvolle Möglichkeiten erhalten, Einfluss auf Staatsverträge zu nehmen, anstatt sie nur abnicken oder scheitern lassen zu können. Das jetzige Verfahren widerspricht unseren demokratischen Vorstellungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen effektiven, verhältnismäßigen und zukunftsfähigen Jugendmedienschutz ein. Wir wollen gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren im Dialog unter diesen Vorgaben den Jugendmedienschutz weiterentwickeln.

Beschluss Bundesvorstand einstimmig